



Herbstprognose 2023: Eine bescheidene Erholung nach einem schwierigen Jahr

Brussels, 15. November 2023

Die europäische Wirtschaft hat in diesem Jahr vor dem Hintergrund der hohen Lebenshaltungskosten, der schwachen Auslandsnachfrage und der Straffung der Geldpolitik an Dynamik verloren. Auch wenn sich die Wirtschaftstätigkeit in Zukunft allmählich erholen dürfte, korrigiert die Europäische Kommission in ihrer Herbstprognose ihre Prognose für das BIP-Wachstum der EU im Vergleich zu den Sommerprojektionen nach unten. Schätzungen zufolge ist die Inflation im Euro-Währungsgebiet im Oktober auf einen Zweijahres-Tiefstand gesunken und dürfte im Prognosezeitraum weiter zurückgehen.

Das Wachstum hat an Schwung verloren, aber es wird immer noch mit einer Erholung gerechnet

Nach einer kräftigen Expansion während des größten Teils des Jahres 2022 schrumpfte das reale BIP zum Jahresende und erholte sich in den ersten drei Quartalen 2023 kaum. Der nach wie vor hohen, wenn auch rückläufigen Inflation, der Verschärfung der Geldpolitik sowie der schwachen Auslandsnachfrage musste die Wirtschaft einen höheren Tribut zollen als erwartet. Die jüngsten Geschäftsindikatoren und Umfrageergebnisse für Oktober deuten wegen erhöhter Unsicherheit ebenfalls auf eine gedämpfte Konjunktur im Schlussquartal dieses Jahres hin. Insgesamt geht die Herbstprognose für 2023 von einem BIP-Wachstum von 0,6 % sowohl in der EU als auch im Euro-Währungsgebiet aus, was um 0,2 Prozentpunkte unter der Sommerprognose der Kommission liegt.

Die Kommission rechnet jedoch mit einem allmählichen Wiederanziehen der Wirtschaftstätigkeit, da sich die Konsumausgaben aufgrund einer weiter robusten Entwicklung an den Arbeitsmärkten, eines anhaltenden Lohnwachstums und einer fortgesetzten Inflationsabschwächung erholen. Trotz einer restriktiveren Geldpolitik dürften die Investitionen – gestützt durch insgesamt solide Unternehmensbilanzen und die Aufbau- und Resilienzfähigkeit – weiter ansteigen. 2024 dürfte sich das BIP-Wachstum in der EU auf 1,3 % verbessern. Auch dies ist gegenüber der Sommerprognose immer noch eine Abwärtskorrektur um 0,1 Prozentpunkte. Im Euro-Währungsgebiet dürfte das BIP-Wachstum mit 1,2 % geringfügig niedriger ausfallen.

Angesichts der Inflation und der Weiterwirkung der restriktiven Geldpolitik dürfte sich das Wachstum im Jahr 2025 in der EU auf 1,7 % und im Euro-Währungsgebiet auf 1,6 % verbessern.

Weitere Abschwächung der Inflation nach dem jüngsten Zweijahres-Tief erwartet

Die Inflation ist nach wie vor rückläufig. Schätzungen zufolge belief sie sich im Euro-Währungsgebiet im Oktober auf 2,9 %, nachdem sie vor einem Jahr einen Höchststand von 10,6 % erreicht hatte. Dies ist der niedrigste Stand seit Juli 2021.

Während die Verlangsamung im vergangenen Jahr in erster Linie auf den drastischen Rückgang der Energiepreise zurückzuführen war, ist schlägt sie sich nun zunehmend breit in allen Hauptverbrauchskategorien und nicht nur bei Energie und Lebensmitteln nieder.

Da sich die geldpolitische Straffung in der Wirtschaft niederschlägt, dürfte die Inflation weiter zurückgehen, wenn auch in geringerem Tempo. Ausschlaggebend hierfür ist auf eine langsamere, aber breiter angelegte Abschwächung des Inflationsdrucks bei Nahrungsmitteln, Industrieerzeugnissen und Dienstleistungen. Die Gesamtinflation im Euro-Währungsgebiet wird voraussichtlich von 5,6 % im Jahr 2023 auf 3,2 % 2024 und 2,2 % 2025 sinken. Für die EU insgesamt dürfte sie bei 6,5 % im Jahr 2023, 3,5 % 2024 und 2,4 % 2025 liegen.

Die Arbeitsmärkte bleiben widerstandsfähig

Trotz der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums entwickelte sich der EU-Arbeitsmarkt in der ersten Jahreshälfte 2023 weiterhin kräftig. Im zweiten Quartal erreichten die Erwerbs- und Beschäftigungsquoten in der EU den höchsten jemals aufgezeichneten Stand, und die Arbeitslosenquote lag im September bei 6 % der Erwerbsbevölkerung und damit nahe ihrem Rekordtief.

Obwohl die jüngsten Umfrageergebnisse auf eine gewisse Abkühlung hindeuten und in einigen Mitgliedstaaten ein Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist, dürfte der Arbeitsmarkt im Prognosezeitraum robust bleiben. In diesem Jahr wird ein Beschäftigungswachstum von 1,0 % in der EU prognostiziert, bevor es sich sowohl 2024 als auch 2025 auf 0,4 % verringern soll. Die Arbeitslosenquote dürfte 2023 und 2024 in der EU mit 6,0 % weitgehend unverändert bleiben und 2025 auf 5,9 % sinken. Angesichts des anhaltenden nominalen Lohnwachstums und der rückläufigen Inflation wird erwartet, dass sich die Reallöhne ab nächstem Jahr ins Positive wenden werden.

Verringerung der öffentlichen Defizite mit dem Auslaufen der fiskalpolitischen Unterstützung

Das Auslaufen der pandemiebedingten befristeten Maßnahmen, eine Verringerung der Subventionen für private Investitionen und die geringeren Nettoauswirkungen energiebezogener Maßnahmen auf die öffentlichen Haushalte dürften den Druck auf die Haushaltssalden ausgleichen, der sich aus einem ungünstigeren wirtschaftlichen Umfeld und höheren Zinsausgaben ergibt. Folglich dürfte das gesamtstaatliche Defizit der EU 2023 den Projektionen zufolge leicht auf 3,2 % des BIP zurückgehen. Die fortgesetzte Zurückhaltung bei diskretionärer fiskalischer Unterstützung dürfte das öffentliche Defizit der EU weiter auf 2,8 % des BIP im Jahr 2024 und auf 2,7 % des BIP im Jahr 2025 senken. Die Hauptursache für diesen Rückgang dürfte die erhebliche Verringerung der energiebezogenen Maßnahmen im nächsten Jahr und deren schrittweise Einstellung im Jahr 2025 sein.

Die Schuldenquote der EU wird den Projektionen zufolge 2023 weiter auf 83 % des BIP zurückgehen. Dies wird durch die hohe Inflation gestützt, wohingegen höhere Zinssätze für neue Schuldtitel die Zinsausgaben angesichts der langen durchschnittlichen Laufzeit der Staatsschulden in der EU nur allmählich erhöhen. In den Jahren 2024 und 2025 dürfte sich die Schuldenquote weitgehend über dem Niveau von 2019 von rund 79 % stabilisieren.

Risiken und Unsicherheit nehmen vor dem Hintergrund geopolitischer Spannungen zu

Die Unsicherheit und Abwärtsrisiken für die Wirtschaftsaussichten haben in den letzten Monaten aufgrund des anhaltenden Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine und des Konflikts im Nahen Osten zugenommen. Bislang konnten deren Auswirkungen auf die Energiemärkte unter Kontrolle gehalten werden, doch besteht die Gefahr von Unterbrechungen der Energieversorgung, die sich erheblich auf die Energiepreise, die weltweite Produktion und das Preisniveau insgesamt auswirken könnten. Die wirtschaftlichen Entwicklungen bei den wichtigsten Handelspartnern der EU, insbesondere China, könnten ebenfalls Risiken mit sich bringen.

Auf binnenwirtschaftlicher Seite könnte die Transmission der geldpolitischen Straffung die Konjunktur länger und stärker als in dieser Prognose projiziert belasten, da sich die Anpassung der Unternehmen, privaten Haushalte und öffentlichen Finanzen an das hohe Zinsumfeld als schwieriger herausstellen könnte. Schließlich zeigen extreme Wetterereignisse wie Hitzewellen, Brände, Dürren und Überschwemmungen, die auf dem gesamten Kontinent und darüber hinaus mit zunehmender Häufigkeit und in wachsendem Ausmaß zu spüren sind, die dramatischen Folgen, die der Klimawandel nicht nur für die Umwelt und die betroffenen Menschen, sondern auch für die Wirtschaft haben kann.

Neue Kandidatenländer erstmalig einbezogen

In dieser Herbstprognose werden erstmals auch Wirtschaftsdaten aus Bosnien und Herzegowina, der Republik Moldau und der Ukraine beleuchtet, denen der Europäische Rat im vergangenen Jahr den Status eines EU-Bewerberlandes zuerkannt hat. In der Ukraine hat sich die Wirtschaft 2023 als bemerkenswert widerstandsfähig erwiesen. Es wird erwartet, dass das Wachstum 2023 bei 4,8 %, 2024 bei 3,7 % und 2025 bei 6,1 % liegen wird, nachdem es 2022 infolge der massiven Invasion Russlands um 29 % abgestürzt war.

Diese Erholung ist auf außergewöhnliche Ernten und staatliche Impulse zurückzuführen, die von der unerschütterlichen Unterstützung internationaler Partner getragen werden, sowie auf die Zusage der Behörden, die makrofinanzielle Stabilität zu gewährleisten.

Hintergrund

Diese Prognose basiert auf einer Reihe von technischen Annahmen zu Wechselkursen, Zinssätzen und Rohstoffpreisen mit Stichtag 25. Oktober. Bei allen anderen herangezogenen Daten, wie etwa den Annahmen zu staatlichen Maßnahmen, wurden in dieser Prognose Informationen bis einschließlich 31. Oktober berücksichtigt. Den Projektionen liegt die Annahme einer unveränderten Politik zugrunde, es sei denn, es wurden konkrete neue politische Maßnahmen angekündigt.

Die Europäische Kommission veröffentlicht jedes Jahr zwei umfassende Prognosen (Frühjahr und Herbst) und zwei Zwischenprognosen (Winter und Sommer). Die beiden umfassenden Prognosen decken ein breites Spektrum von Wirtschaftsindikatoren für alle EU-Mitgliedstaaten,

Beitrittskandidaten, EFTA-Länder und andere Volkswirtschaften in wichtigen Industrie- und Schwellenländern ab. Die Zwischenprognosen umfassen das jährliche und vierteljährliche BIP und die Inflation für das laufende und das Folgejahr für alle Mitgliedstaaten sowie die Aggregate für die EU und den Euroraum.

In ihrer im Februar 2024 zu veröffentlichenden Winterprognose 2024 wird die Europäische Kommission aktualisierte BIP- und Inflationsprojektionen vorlegen.

Weitere Informationen

[Die Prognose in voller Länge: Herbstprognose 2023](#)

Vizepräsident Dombrovskis auf Twitter: [@VDombrovskis](#)

Kommissionsmitglied Gentiloni auf Twitter: [@PaoloGentiloni](#)

GD ECFIN auf Twitter: [@ecfin](#)

IP/23/5743

Quotes:

Dieses Jahr war nicht leicht für die Wirtschaft der EU. Ihre Entwicklung wurde sowohl durch den Krieg Russlands in der Ukraine als auch die schwache globale Nachfrage und hohe Verbraucherpreise belastet. Nach den sehr schwachen Wachstumswerten für dieses Jahr gehen wir für 2024 von einer schwachen, vor allem auf robuste Arbeitsmärkte und einen kontinuierlichen Inflationsrückgang gestützten Wiederbelebung aus. Die geopolitischen Rahmenbedingungen bleiben jedoch weiter extrem unsicher. Hinzu kommt noch der Konflikt im Nahen Osten. Unsere Wirtschaft hat zwar mehrere aufeinanderfolgende Schocks überstanden, muss aber auch langfristige Herausforderungen struktureller Natur bewältigen. Deshalb ist es umso dringlicher, dass die Mitgliedstaaten jetzt die in ihren Aufbau- und Resilienzplänen enthaltenen Reformen und Investitionen vollumfänglich durchführen. Exekutiv-Vizepräsident Valdis Dombrovskis, zuständig für das Ressort „Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen“ - 15/11/2023

Wir nähern uns dem Ende eines schwierigen Jahres für die EU-Wirtschaft. Der starke Preisdruck und die zu ihrer Eindämmung erforderliche geldpolitische Straffung sowie die schwache weltweite Nachfrage haben die Haushalte und Unternehmen in Mitleidenschaft gezogen. Mit Blick auf 2024 erwarten wir einen bescheidenen Anstieg des Wachstums, da die Inflation weiter abflaut und der Arbeitsmarkt nach wie vor widerstandsfähig ist. Teilweise dank der Aufbau- und Resilienzfähigkeit werden die Investitionen weiter steigen. Wir rechnen damit, dass die Staatsverschuldung und das öffentliche Defizit weiter zurückgehen, wenn auch langsamer. Der sich abzeichnende Konflikt im Nahen Osten hatte bislang nur begrenzte wirtschaftliche Auswirkungen außerhalb der Region, doch die gestiegenen geopolitischen Spannungen haben die Unsicherheit und die Risiken weiter verstärkt und die Aussichten verdüstert. Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni - 15/11/2023

Kontakt für die Medien:

[Veerle NUYTS](#) (+32 2 299 63 02)

[Marajke SLOMKA](#) (+32 2 298 26 13)

Kontakt für die Öffentlichkeit: [Europe Direct](#) – telefonisch unter [00 800 67 89 10 11](#) oder per [E-Mail](#)

Related media

 [Autumn Economic Forecast 2023](#)

 [Press conference by Paolo Gentiloni, European Commissioner, on Autumn 2023 Economic Forecast](#)